



Beilagen  
RU4-KB-445/002-2017  
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: [post.ru4@noel.gv.at](mailto:post.ru4@noel.gv.at) - Telefax 02252/9025/10765  
Internet: <http://www.noel.gv.at> DVR: 0059986  
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005

Bezug (0 22 52) 9025  
BearbeiterIn Durchwahl Datum  
Gabriele Huth 10751 04. Dezember 2017

Betrifft  
Hackgut Winter GmbH, Errichtung und Betrieb einer Abfallbehandlungsanlage, Gst. Nr. 3396/1 und Gst. Nr. 3397/1, KG Hof am Leithaberge, Marktgemeinde Hof am Leithaberge, (BL), Genehmigungsverfahren nach dem AWG 2002, öffentliche Bekanntmachung einer mündlichen Verhandlung

## Kundmachung

Die Hackgut Winter GmbH, Gewerbestraße 2, 2451 Hof am Leithaberge, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Andrew P. Scheichl, 1010 Wien, hat mit Schreiben vom 13. April 2017 einen Antrag auf Erteilung einer abfallrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und Betrieb einer Abfallbehandlungsanlage in Form einer Aufbereitung (Zerkleinerung und Siebung) und Lagerung von biogenen Materialien mittels einer Holzshreddermaschine und einer Siebmaschine, zwei Radlader und einer Niederflurwaage auf den Gst.Nr. 3396/1 und 3397/1, KG Hof am Leithaberge, Marktgemeinde Hof am Leithaberge, (BL), mit einer Jahreskapazität der Anlage von 132.000 m<sup>3</sup> (29040 t), wobei die max. Lagermenge auf der gesamten gedichteten Fläche (Gst.Nr. 3396/1 u. 3397/1) mit 4.500 m<sup>3</sup> begrenzt ist (die max. Lagermenge auf dem Gst.Nr. 3396/1 beträgt 2.000 m<sup>3</sup>) beantragt.

Die max. Lagerhöhe beträgt 5 m. Betriebszeiten: Mo-Fr 6.00-19.00 (Betrieb Shredder und Siebmaschine 06.00-17.00) sowie Sa 06.00 – 15.00

Hierüber beraumt die Behörde eine mündliche Verhandlung für

**DATUM:** Mittwoch, 17. Jänner 2018 **BEGINN:** 09.00 Uhr

**ORT:** Marktgemeinde Hof am Leithaberge, Hauptplatz 8, 2451 Hof am Leithaberge  
an.

Verhandlungsleiter ist Herr Mag. Norbert Haring, Klappe 10784

Sie werden eingeladen, als Beteiligter/Beteiligte zur Verhandlung persönlich zu erscheinen oder einen Vertreter zu entsenden. Dieser muss mit der Sachlage vertraut, bevollmächtigt und eigenberechtigt sein.

**Hinweise:**

Die Projektsunterlagen liegen beim Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Umwelt- und Energierecht – RU4, Außenstelle Baden (Amtsgebäude der BH Baden), Schwartzstraße 50, Zimmer Nr. 208, 2500 Baden, Kanzlei, sowie beim Gemeindeamt der Marktgemeinde Hof am Leithaberge, 2451 Hof am Leithaberge, Hauptplatz 8, in der Zeit von Mittwoch, dem 13. Dezember 2017 bis einschließlich Mittwoch, dem 10. Jänner 2018, während der Amtsstunden zur Einsichtnahme auf.

In diesem Verfahren haben Parteistellung (§ 42 AWG 2002):

1. der Antragsteller,
2. die Eigentümer der Liegenschaften, auf denen die Anlage errichtet werden soll,
3. Nachbarn,
4. derjenige, der zu einer Duldung verpflichtet werden soll,
5. die Inhaber rechtmäßig geübter Wassernutzungen gemäß § 12 Abs. 2 WRG 1959,
6. die Gemeinde des Standortes und die unmittelbar an die Liegenschaft der Behandlungsanlage angrenzende Gemeinde,
7. das Arbeitsinspektorat gemäß dem Arbeitsinspektionsgesetz 1993, BGBl. Nr. 27/1993,
8. der Umweltanwalt; der Umweltanwalt kann die Einhaltung von naturschutzrechtlichen Vorschriften im Verfahren geltend machen; dem Umweltanwalt wird das Recht eingeräumt, Rechtsmittel zu ergreifen, einschließlich Beschwerde an das Verwaltungsgericht sowie Revision an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben,
9. Gemeinden oder Wasserversorgungsunternehmen zur Wahrung der Versorgung ihrer Bürger oder Kunden mit Trinkwasser hinsichtlich der Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 43 Abs. 2 Z 5 AWG 2002,

10. diejenigen, deren wasserwirtschaftlichen Interessen gemäß den §§ 34 Abs. 6 oder 35 WRG 1959 gefährdet werden könnten,
11. diejenigen, deren wasserwirtschaftliche Interessen durch eine wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung als rechtliche Interessen anerkannt wurden und
12. das wasserwirtschaftliche Planungsorgan in Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Die unter den Punkten 2. bis 12. genannten Parteien verlieren ihre Stellung als Partei, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde (Abteilung Umwelt- und Energierecht des Amtes der NÖ Landesregierung als Abfallrechtsbehörde) oder während der Verhandlung schriftliche Einwendungen erheben, wobei die Verletzung und die Art des subjektiven öffentlichen Interesses behauptet werden muss.

Nachbarn im Sinne des § 42 Abs. 1 Z 3 i.V.m. § 2 Abs. 6 Z 5 AWG 2002 sind Personen, die durch die Errichtung, den Betrieb, den Bestand oder eine Änderung einer Behandlungsanlage gefährdet oder belästigt oder deren Eigentum oder deren dingliche Rechte gefährdet werden könnten. Nicht als Nachbarn gelten Personen, die sich vorübergehend in der Nähe der Behandlungsanlage aufhalten und nicht Eigentümer oder dinglich berechtigt sind.

Rechtsgrundlagen:

§§ 37 Abs. 1, 38, 41 und 42 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002

§§ 40 – 44 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG

Für die Landeshauptfrau

Mag. H a r i n g

